

Der Weg zum Weltkrieg in Fernost

Das japanische Inselreich hatte sich von der Außenwelt weitgehend isoliert, bis im Jahre 1854 eine amerikanische Flottille unter Kommodore Matthew Perry die Öffnung des Landes erzwang. In Japan existierte wie in China bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine mittelalterliche agrarische Feudalgesellschaft, die von den Segnungen der industriellen Revolution noch kaum etwas gehört hatte. Die augenscheinliche Überlegenheit westlicher Technik und Organisation veranlaßte die japanische Feudalaristokratie, durch eine Revolution von oben eine umfassende Modernisierung und Industrialisierung ihres Landes einzuleiten.

Nur 50 Jahre später war Japan in der Lage, der europäischen Großmacht Rußland die Stirn zu bieten und ihr zu Lande und zu Wasser vernichtende militärische Niederlagen beizubringen. Im russisch-japanischen Krieg 1904/05 kämpften die beiden Mächte um die Vorherrschaft über den Nordosten Chinas, die Mandschurei. Die Siege des japanischen Heeres bei Mukden, Liaojang und Port Arthur, vor allem aber der Seesieg Admiral Togos bei Tsushima am 27./28. Mai 1905 markierten den Aufstieg Japans zu einer modernen Großmacht.

Japan sah es wie alle Großmächte im Zeitalter des kolonialen Imperialismus als sein Recht an, sich Rohstoffe und Absatzmärkte in den unterentwickelten Gebieten dieser Welt zu sichern. Das Inselreich verfügte über wenig natürliche Ressourcen, während seine Bevölkerung rasch zunahm. Aufgrund der geographischen Nähe, der wirtschaftlichen Unterentwicklung und der politischen Schwäche Chinas betrachtete Japan den Nordosten dieses Landes, vornehmlich die Mandschurei, sowie die koreanische Halbinsel als seine natürliche Einflußsphäre.

Dem Kaiserreich China war seit dem Opiumkrieg 1842 von den europäischen Großmächten ein halbkolonialer Status aufgenötigt worden. Großbritannien, Frankreich, Portugal, Deutschland, Rußland und Japan sicherten sich im Lande zahlreiche Vorrechte; wichtige Küstenstädte wie Hongkong, Macao, Schanghai, Port Arthur, Tsingtau oder die Insel Taiwan wurden von den Kolonialmächten in Besitz genommen oder ihrer Verwaltung unterstellt. Um die Jahrhundertwende hatten die Großmächte China faktisch in Einflußgebiete aufgeteilt. Nur die Vereinigten Staaten hatten darauf verzichtet, von China Stützpunkte oder Pachtgebiete zu fordern. Im Gegensatz zu den europäischen Mächten und zu Japan traten die USA in China nicht als Kolonialmacht auf, sondern verstanden sich als wohlwollender Sachwalter chinesischer Interessen.

Im Herbst 1899 erhob der amerikanische Außenminister John Hay die Forderung, daß alle mit China Handel treibenden Staaten in allen Teilen des Landes gleiche Handelschancen erhalten sollten. Damit hatte das Department of State das Prinzip der „Offenen Tür“ formuliert, das auf die Möglichkeit eines ungehinderten Handels mit China abzielte und in den folgenden Jahrzehnten zu einem der zentralen Motive der amerikanischen Fernostpolitik werden sollte.

Die Vereinigten Staaten hatten Japan mit dem Root-Takahira-Abkommen vom 30. November 1908 freie Hand in der Mandschurei gegeben, wo seit dem russisch-japanischen Krieg 1904/05 japanische Truppen standen. Präsident Theodore Roosevelt selbst machte damals den Japanern den Vorschlag, sich in Nordostchina dauerhaft festzusetzen, um den expansionistischen Bestrebungen Rußlands im Fernen Osten entgegenzutreten. Ungeachtet der Politik Theodore Roosevelts betrachtete die amerikanische Geschäftswelt die japanische Vorherrschaft in der Mandschurei mit Mißtrauen, da sie befürchtete, vom chinesischen Markt verdrängt zu werden.

Angesichts der Tatsache, daß China auf eine mehr als viertausendjährige Geschichte zurückblicken konnte und eine hochstehende Kultur hervorgebracht hatte, empfanden viele nationalbewußte Chinesen den Zustand ihres Landes zu Beginn des 20. Jahrhunderts als

schwere Demütigung. Im Jahre 1905 gründete der Arzt Dr. Sun Yat-sen im japanischen Exil den Chinesischen Revolutionsbund. Dieser verfolgte das Ziel, China von der doppelten Unterdrückung durch die mandschurische Ching-Dynastie und durch die Kolonialmächte zu befreien, eine parlamentarisch regierte Republik zu errichten und umfassende soziale Reformen nach westlichem Vorbild durchzuführen.

Nach mehreren gescheiterten Aufstandsversuchen kam es im Oktober 1911 zu einer breiten Erhebung, die schließlich zum Sturz der Ching-Dynastie führte. Am 25. Dezember 1911 wurde Sun Yat-sen von einer eilig einberufenen Nationalversammlung in Nanking zum Provisorischen Präsidenten der Republik China gewählt. Im Februar 1912 übergab Sun Yat-sen sein Amt dem kaiserlichen Militärbefehlshaber Marschall Yüan Shih-kai, der sich bald darauf zum Diktator aufschwang. Nach dem Tode Yüan Shih-kais Mitte 1916 zerfiel China in seine einzelnen Provinzen, die von regionalen Militärmachthabern, den sogenannten „Warlords“, und ihren Privatarmeen beherrscht wurden.

Im August 1912 war aus dem Chinesischen Revolutionsbund die Nationalchinesische Volkspartei, die Kuomintang, hervorgegangen, deren unumstrittener Führer Sun Yat-sen war .

1917 bildete Sun Yat-sen in der südchinesischen Stadt Kanton eine Gegenregierung gegen die nördlichen „Warlords“, die er 1920 in den Rang einer chinesischen Nationalregierung erhob. Sein Ziel war es, China von Kanton aus unter die Kontrolle der Kuomintang zu bringen, die politische Einheit des Landes wiederherzustellen und ein großes inneres Reformprogramm zu verwirklichen. Gleichzeitig wollte Sun Yat-sen die Privilegien der Kolonialmächte beseitigen und China zu einer gleichberechtigten Großmacht machen.

Obwohl ein bürgerlicher Nationalist, war Sun Yat-sen vom Erfolg Lenins und der Bolschewiki in Rußland so fasziniert, daß er im Januar 1923 mit Moskau ein Abkommen über eine Zusammenarbeit der Kuomintang mit der Sowjetunion schloß. Infolge dieses Abkommens entsandte Moskau Berater nach Kanton, die den Parteiapparat und die Parteiarmee der Kuomintang nach sowjetrussischem Vorbild reorganisierten. Außerdem lieferte die Sowjetunion in beträchtlichem Umfang Waffen. Die Moskauer Führung hoffte, mit Hilfe der bürgerlich-nationalen Revolution Sun Yat-sens die Stellung der Kolonialmächte unterminieren und langfristig die Grundlage für eine sozialistische Revolution in China legen zu können. Auf Weisung Moskaus trat die 1921 gegründete Kommunistische Partei Chinas in eine Koalition mit der Kuomintang ein mit dem Ziel, die Nationalisten zu unterwandern und eines Tages selbst die Macht zu ergreifen.

Nach dem Tode Sun Yat-sens im März 1925 wurde General Chiang Kai-shek zu einem der wichtigsten Führer der Kuomintang. Chiang Kai-shek machte sich über die langfristigen Absichten der chinesischen Kommunisten keine Illusionen. Im April 1927 nahm er den Aufstand der Schanghai Kommune zum Anlaß, um mit seinen kommunistischen Koalitionspartnern zu brechen und durch den Einsatz militärischer Gewalt seine Stellung innerhalb der Kuomintang zu stärken. Nationalistische Truppen erstickten die Schanghai Kommune in einem Blutbad, gleichzeitig beendete Chiang Kai-shek die Zusammenarbeit mit Moskau.

Die chinesischen Kommunisten mußten in den Untergrund gehen oder sich in abgelegene Gegenden im Landesinneren zurückziehen, wo sie aus bäuerlichen Partisanen eigene Streitkräfte aufbauten, eine Agrarrevolution durchführten und „Sowjetgebiete“ gründeten. Welthistorische Bedeutung sollte ein „Sowjetgebiet“ in der Provinz Kiangsi erlangen, das unter der Führung eines ehemaligen Lehrers aus Hunan namens Mao Tse-tung stand.

Im Verlauf des „Großen Nordfeldzuges“, der Anfang Juli 1926 begonnen hatte, schlossen sich viele der mittel- und nordchinesischen „Warlords“ mit ihren Söldnertruppen der nationalrevolutionären Armee Chiang Kai-scheks an.

Anfang Juli 1928 konnten die verbündeten Armeen Peking besetzen, womit alle chinesischen Gebiete südlich der Großen Mauer zumindest nominell der Herrschaft der Nationalregierung in Nanking unterstanden. Bereits im März 1927 hatten Truppen Chiang Kai-scheks Nanking eingenommen, woraufhin die Kuomintang den Sitz ihrer Nationalregierung von Kanton in diese Stadt verlegte. Die Loyalität vieler „Warlords“ zu Chiang Kai-schek war jedoch fragwürdig, und in den folgenden Jahren sollte es zu einer Reihe von großen Rebellionen kommen, die durch regelrechte Feldzüge niedergeworfen oder durch politische Kompromisse beendet werden mußten.

Nach wie vor herrschten in weiten Teilen Chinas Chaos und Anarchie. Allein die von Japan kontrollierte Mandschurei zeichnete sich durch einigermaßen geordnete Verhältnisse aus. Aber auch in der Mandschurei war die Lage kompliziert, gab es doch dort neben den Japanern auch einen chinesischen Warlord, den Marschall Chang Tso-lin, mitsamt seiner Privatarmee.

Japans Auftreten als Kolonialmacht brachte es unvermeidlich in Gegensatz zur Kuomintang, die es ja gerade als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansah, China von jeder Form kolonialer Herrschaft zu befreien. Als es Generalissimus Chiang Kai-schek gelang, immer größere Teile Chinas unter seiner Herrschaft zu vereinigen, löste dies in Japan Unruhe aus, denn es war absehbar, daß die neue chinesische Nationalregierung ihrer Forderung nach Abzug aller Kolonialmächte irgendwann Nachdruck verleihen würde. Die japanischen Eliten hielten die Herrschaft über die Mandschurei aus wirtschaftlichen Gründen für unverzichtbar, und die radikalen Nationalisten in der Armee forderten sogar eine Ausdehnung des japanischen Einflusses auf weitere Gebiete Nordchinas. 1931/32 wurde durch die Initiative japanischer Militärs der Satellitenstaat Mandschukuo gegründet und damit die Mandschurei endgültig aus dem chinesischen Staatsverband gerissen. Die chinesische Nationalregierung in Nanking war zu schwach, um sich gegen diese Annexion zu wehren, aber das Verhältnis zu Japan war von nun an schwer belastet.

Gezielte Provokationen und Demütigungen durch radikalen Nationalisten im japanischen Heer in China gipfelten am 5. Juli 1937 in einer Schießerei zwischen japanischen und nationalchinesischen Truppen an der MarcoPolo-Brücke bei Peking. Die folgende Eskalation militärischer Gewalt und politische Fehleinschätzungen sowohl von Nanking wie von Tokio führten schließlich zu einem Krieg, der bis zum September 1945 dauern sollte. 1937/38 eroberte das japanische Heer die chinesischen Küstenprovinzen mit dem wichtigen Handelszentrum Schanghai und die Regierungshauptstadt Nanking, die nationalchinesischen Truppen und die Regierung Chiang Kaischeks mußten sich ins Landesinnere zurückziehen, wo sie den Krieg nur mit geringer Intensität weiterführen konnten.

Zwei Jahre zuvor, 1935, hatte Chiang Kai-schek die Kommunistische Partei Chinas und die chinesische Rote Armee aus dem „Sowjetgebiet“ von Kiangsi vertrieben. Unter ständiger Verfolgung trieben nationalistische Truppen die Rote Armee vor sich her und zwangen sie, sich kämpfend nach Nordchina zurückzuziehen. Dieser Rückzug, der legendäre „lange Marsch“, führte in zwölf Monaten unter ungeheuren Strapazen über 12.500 km meist unwegsamen Geländes durch elf Provinzen und endete im Oktober 1935 im öden und abgelegenen Shensi. Von den 300.000 Rotarmisten und Parteileuten, die in Kiangsi losgezogen waren, erreichten unter der Führung Mao Tse-tungs nur einige zehntausend Shensi.

Sowohl Chiang Kai-schek wie auch einige weitblickende japanische Generale erkannten, daß der japanisch-chinesische Krieg langfristig nur den Kommunisten nützen würde.

Im Herbst 1932 wurde Franklin Delano Roosevelt zum 32. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Roosevelt war, wie bei amerikanischen Präsidenten üblich, der politische Repräsentant einer Allianz inneramerikanischer Interessengruppen, in diesem Falle eines Hochtechnologie-Freihandels-Medienblocks, der sich für innenpolitische Liberalität, soziale Partnerschaft und internationale Zusammenarbeit einsetzte. Eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele dieser liberal-demokratischen Allianz war die Wiederherstellung eines freien Welthandels, der als Folge der Weltwirtschaftskrise größtenteils zusammengebrochen war. Dabei setzte Roosevelt große Hoffnungen auf eine Annäherung an die Sowjetunion. Die Sowjetunion erschien aufgrund ihrer Größe und der seit 1929 von Josef W. Stalin forcierten Industrialisierung als idealer Partner für die amerikanische Wirtschaft. Die Erschließung Sibiriens weckte bei Roosevelt und vielen Wirtschaftsleuten die Vorstellung, die Eroberung des „Wilden Westens“ wiederholen zu können. Die Erschließung des „Westens“ hatte den Vereinigten Staaten seinerzeit ein schier grenzenlos Konjunkturprogramm beschert. Präsident Roosevelt und seine Anhänger glaubten, die Durchdringung des sowjetischen Marktes durch die amerikanische Wirtschaft würde es ermöglichen, die Weltwirtschaftskrise endgültig und dauerhaft zu überwinden. Eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion war daher für Roosevelt und seine Anhänger ein vorrangiges Ziel ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik. Die hoffnungsvollen Erwartungen an den Markt Chinas hatten in amerikanischen Wirtschaftskreisen ohnehin eine lange Tradition.

Gleichzeitig schwebte Präsident Roosevelt die Errichtung einer neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung vor. Um den „Weltfrieden“ zu garantieren, sollten die Vereinigten Staaten, Großbritannien mit seinem Weltreich, die Sowjetunion und China in der Zukunft eng zusammenarbeiten und gemeinsam als „Weltpolizisten“ gegen „Störenfriede“ einschreiten. Die faschistischen oder halbfaschistischen Mittelmächte Deutschland, Italien und Japan mit ihren Gleichberechtigungs- und Revisionsforderungen waren in den Augen Roosevelts unbelehrbare Gegner des liberaldemokratischen Internationalismus und Störenfriede des Weltfriedens. Die internationalistischen Marxisten-Leninisten in Moskau betrachtete der Präsident dagegen als potentielle Verbündete; er war überzeugt, daß das Sowjetregime sich in Richtung Demokratie entwickle, während die USA im Rahmen des „New Deal“, des inneramerikanischen Reformprogramm Roosevelts, gewisse sozialistische Züge annehmen würde.

Im japanisch-chinesischen Konflikt folgte die Roosevelt-Administration der Tradition der amerikanischen Ostasienpolitik und nahm eine entschieden prochinesische Haltung ein. Als jedoch im Juli 1937 der japanisch-chinesische Krieg ausbrach, erklärten sich die Vereinigten Staaten zur Enttäuschung von Generalissimus Chiang Kai-shek für neutral und lehnten die Übernahme einer diplomatischen Vermittlung ab. Roosevelt fürchtete die Opposition der isolationistischen Kongreßmehrheit, die aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der amerikanischen Intervention im Ersten Weltkrieg jedes außenpolitische Engagement mit tiefem Mißtrauen betrachtete.

Roosevelt nutzte jedoch den Handlungsspielraum, der ihm zur Verfügung stand, nämlich die öffentliche Rede und den Einfluß der liberal-demokratischen Medien. Am 5. Oktober 1937 rief Roosevelt in Chicago dazu auf, die „Aggressornationen“ unter „Quarantäne“ zu stellen, d.h. sie politisch und wirtschaftlich zu isolieren und langfristig einen Regimewechsel in diesen Ländern herbeizuführen. Auch wenn der Kongreß und die Zeitungen diese Rede mehrheitlich ablehnten, so war sie dennoch eine unzweideutige Kampfansage an die „Gangsterstaaten“ Japan, Italien und Deutschland.

Da Japan zu den Siegermächten des Weltkrieges zählte, hatte sich die deutsche Ostasienpolitik seit Mitte der zwanziger Jahren auf China konzentriert und mit Militärberatern und Waffenlieferungen einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der nationalchinesischen Streitkräfte geleistet. Zwischen Berlin und Nanking bildete sich ein Sonderverhältnis heraus,

während gleichzeitig unter den Vorzeichen des Antikommunismus eine deutsch-japanische Annäherung erfolgte.

Der Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges im Juli 1937 stürzte die Deutsche Reichsregierung in ein ernsthaftes Dilemma, da sie eigentlich zu beiden Staaten ein gleichermaßen gutes Verhältnis unterhalten wollte. Die deutsche Militärmission bei der Kuomintang erwies sich nun als schwere Belastung für das Verhältnis zu Japan, insbesondere, da der Leiter der Militärmission, General Alexander von Falkenhausen, es sich nicht nehmen ließ, in der großen Schlacht um Schanghai im Spätsommer/Herbst 1937 höchstpersönlich die Operationen der nationalchinesischen Truppen zu leiten, was den Japanern hohe Verluste bescherte. Nach heftigen Protesten aus Tokio wurde die deutsche Militärmission schließlich abgezogen.

Eine diplomatische Vermittlungsaktion der Deutschen Reichsregierung zur Wiederherstellung des Friedens scheiterte, was für die chinesische Nationalregierung, für Japan und für Deutschland langfristig äußerst nachteilige Folgen haben sollte. Ein Erfolg der deutschen Vermittlung hätte die Herrschaft Chiang Kai-scheks und der Kuomintang stabilisiert und sehr wahrscheinlich den späteren Sieg Mao Tse-tungs im chinesischen Bürgerkrieg verhindert; sie hätte es Japan erspart, sich in China totzuschlagen; und sie hätte es Präsident Roosevelt sehr viel schwerer gemacht, Deutschland und Japan als „Gangsternationen“ hinzustellen und die amerikanische Öffentlichkeit gegen sie zu mobilisieren.

Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 beherrschte Deutschland den europäischen Kontinent von der Atlantikküste bis zur sowjetischen Grenze. Mit den Mitteln, die Präsident Roosevelt zur Verfügung standen, mit Pressekampagnen und wirtschaftlichen Sanktionen, war an einen Sturz Hitlers nicht zu denken. Dies war nur möglich, wenn die Vereinigten Staaten selbst in den Krieg eintraten. Winston Churchill hatte bereits im September 1939 den Vorschlag gemacht, Amerika solle über den Umweg eines Krieges mit Japan in den europäischen Konflikt eintreten.

Nach seiner Wiederwahl im November 1940 intensivierte Präsident Roosevelt seine Politik gezielter Neutralitätsverletzungen gegenüber dem Deutschen Reich. Aber ohne Zustimmung des Kongreß konnte Roosevelt keinen Krieg an eine andere Nation erklären, und diese Zustimmung würde er angesichts des vorherrschenden Isolationismus im Kongreß nicht erhalten, solange nicht amerikanisches Territorium oder amerikanische Kriegsschiffe angegriffen würden.

Die amerikanisch-japanischen Beziehungen hatten sich inzwischen vor dem Hintergrund des japanisch-chinesischen Krieges weiter verschlechtert. Im Juli 1939 hatte Washington die Ausfuhr von Flugzeugen und Ausrüstungsteilen nach Japan verboten, Anfang 1940 folgten weitere gegen Tokio gerichtete Ausfuhrbeschränkungen.

Der amerikanische Botschafter in Tokio, Grew, warnte im Herbst 1939, eine Politik der Wirtschaftssanktionen, insbesondere ein Exportverbot für Erdöl, würde Japan dazu zwingen, sich die benötigten Rohstoffe in den britischen und holländischen Kolonien in Südostasien notfalls mit Gewalt zu holen. Die einzigen Ölquellen in diesem Raum lagen in Niederländisch-Indien, dem heutigen Indonesien. Um Japan von einem derartigen Vorgehen abzuschrecken ließ Roosevelt im Januar 1940 die Pazifikflotte von San Diego in Kalifornien nach Pearl Harbor auf Hawaii verlegen.

Als Antwort auf den zunehmenden amerikanischen Druck schlossen Deutschland, Italien und Japan am 27. September 1940 den Dreimächtepakt. Mit diesem Vertrag wurde vereinbart, daß für den Fall, daß die Vereinigten Staaten eine der drei Mächte angreifen sollten, die anderen beiden Vertragspartner Washington umgehend den Krieg erklären würden. Dadurch sollten die Amerikaner gezwungen werden, ihre Kräfte auf Europa und den Fernen Osten aufzuteilen. Der Dreimächtepakt zielte damit auf eine Abschreckung der Vereinigten Staaten, tatsächlich aber öffnete er Roosevelt eine „*Hintertür zum Krieg*“.

Die nun folgenden Ereignisse, die zur Katastrophe von Pearl Harbour und dem amerikanischen Kriegseintritt führten, wurden unmittelbar nach dem Krieg, zwischen November 1945 und Mai 1946, eingehend von einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongreß erforscht, dem "Joint Congressional Committee on the Investigation of the Pearl Harbour Attack". Mehr als 90 Prozent unseres Wissens über die damaligen Geschehnisse gehen auf diese Kongreßuntersuchung zurück. Die Ergebnisse waren z.T. derart skandalös, daß es zwei verschiedene Abschlußberichte gab, den "Majority Report" der demokratischen Mehrheit und den "Minority Report" der demokratischen Minderheit. Im "Minority Report" wurden Präsident Roosevelt und sein innerer Kreis namentlich als die Schuldigen für das Desaster von Pearl Harbour benannt.

Im August 1940 war es amerikanischen Kryptoanalytikern gelungen, in einen der wichtigsten japanischen Codes, den sogenannten „Purpurcode“, einzubrechen. Ab Mitte 1941 war die amerikanische Funkaufklärung in der Lage, die Funktelegramme, die zwischen dem japanischen Außenministerium in Tokio und den japanischen Auslandsbotschaften, vor allem der in Washington, gewechselt wurden, abzufangen und zu dechiffrieren. Dieses gemeinsame Unternehmen von US-Army und Navy war streng geheim und lief unter der Bezeichnung „Magic“. Von diesem Zeitpunkt an konnten Präsident Roosevelt und Außenminister Hull die Weisungen des japanischen Außenministeriums an seine Botschaft in Washington sowie deren Antworten an Tokio ständig mitlesen.

Am 21. Juli 1941 begannen japanische Truppen mit der Besetzung des südlichen Teils von Französisch-Indochina. Präsident Roosevelt nahm dies zum Anlaß, um am 25. Juli die japanischen Guthaben in den USA einzufrieren und am folgenden Tag ein Ölembargo gegen Japan zu verhängen. Am 31. Juli funkte Tokio an seinen Botschafter in Washington, Admiral Nomura, das Ölembargo werde Japan dazu zwingen, die Ölquellen in Niederländisch-Indien zu besetzen. Dieses Funktelegramm wurde von den Amerikanern abgefangen und dechiffriert. Bereits im April 1941 hatten die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Britischen Commonwealth und die niederländische Exilregierung in London insgeheim ein Abkommen geschlossen, das ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen Japan im Fall eines japanischen Angriffs auf britischen oder niederländischen Kolonialbesitz vorsah. Diese Absprache war den Japanern grundsätzlich bekannt.

Auf der sogenannten Atlantikkonferenz, die Anfang August 1941 vor der Küste von Neufundland stattfand, versprach Präsident Roosevelt Premierminister Churchill, daß die Vereinigten Staaten bald in einen Krieg in Fernost eintreten würden. Dazu erklärte Churchill am 27. Januar 1942 vor dem britischen Unterhaus:

„Auf der Atlantikkonferenz habe ich diese Frage mit Mr. Roosevelt besprochen. Seitdem ist es fast sicher, daß die Vereinigten Staaten, auch wenn sie nicht selbst angegriffen werden, in den Krieg im Fernen Osten eintreten. Damit wäre der Endsieg gesichert ... Diese Erwartungen wurden durch die Ereignisse nicht enttäuscht ... Im Lauf der Zeit wuchs die Gewißheit, daß wir nicht allein kämpfen müßten, falls Japan im Pazifik Amok laufen sollte.“

Angesichts der Zuspitzung der amerikanisch-japanischen Krise schlug Tokio im August eine Gipfelkonferenz zwischen dem japanischen Premierminister, Fürst Konoye, und Präsident Roosevelt vor. Dies war ein außergewöhnlicher Vorschlag, und der amerikanische Botschafter in Tokio, Grew, befürwortete nachdrücklich seine Annahme. Der Präsident schwankte, doch Außenminister Hull hielt nichts von einem solchen Gipfeltreffen und konnte sich mit seiner Meinung schließlich durchsetzen.

Roosevelts politisches Hauptziel war der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegen Deutschland. Zu diesem Zweck hatte der Präsident versucht, auf dem Atlantik, wo ein heftiger Kampf zwischen deutschen U-Booten und britischen Geleitzügen tobte, einen schweren Zwischenfall zwischen deutschen und amerikanischen Seestreitkräften herbeizuführen. Ein

offenes Gefecht hätte unter Umständen zu einer deutschen Kriegserklärung an die USA geführt oder eine amerikanische Kriegserklärung an Berlin gerechtfertigt. Aber die deutsche Kriegsmarine wich auf Befehl Hitlers allen Provokationen aus und nahm dafür sogar erhebliche Nachteile in Kauf. Am 11. September 1941 erteilte Roosevelt der US-Navy öffentlich den Schießbefehl auf deutsche U-Boote, womit auf dem Atlantik ein unerklärter Krieg zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten herrschte, aber Hitler erneuerte seine Befehle, wonach deutsche U-Boote jedem Gefecht mit amerikanischen Schiffen aus dem Weg gehen und nur in Notwehr zurückschießen sollten. Da von Hitler also keine Kriegserklärung zu erwarten war, blieb Roosevelt nur der Umweg über Japan.

Der Stillstand in den japanisch-amerikanischen Verhandlungen führte am 16. Oktober zu einem Regierungswechsel, das Kabinett von Fürst Konoye wurde durch eine Militärregierung unter General Tojo abgelöst. Da das japanische Industriepotential damals nur zehn Prozent des amerikanischen ausmachte, waren sich auch die hohen Militärs bewußt, daß Japans Siegesaussichten in einem Krieg gegen die USA wenig günstig waren. Der Oberbefehlshaber der Vereinigten Kaiserlichen Flotte, Admiral Yamamoto, der die USA aus eigener Anschauung kannte, soll gegenüber Fürst Konoye geäußert haben:

„Wenn sie sagen, daß es sein muß, dann können wir etwa ein halbes oder ein Jahr hinhaltend kämpfen, aber wenn es zwei oder drei Jahre dauert, dann glaube ich kaum an einen erfolgreichen Ausgang.“

In der Hoffnung, noch im letzten Moment zu einer Verständigung zu gelangen, ließ General Tojo die Diplomaten weiterverhandeln, während gleichzeitig die japanischen Kriegsvorbereitungen vorangetrieben wurden. Auch die neue japanische Regierung hätte eine Verhandlungslösung mit den Amerikanern einem Krieg vorgezogen.

Am 1. November trat in Tokio eine Konferenz der führenden Vertreter von Kabinett und Militärführung zusammen. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die kritische Lage der Stahl- und Mineralölversorgung. Die Vertreter des Militärs argumentierten, es werde eine schrittweise Erschöpfung der japanischen Wirtschaft eintreten, wenn die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Niederlande ihre Embargopolitik gegen Japan fortsetzen sollten. Am Ende der Konferenz herrschte allgemein die Auffassung vor, daß Japan im Falle eines Scheiterns der Washingtoner Verhandlungen zum Kriege schreiten müßte.

Am 4. November hieß es in einem Funktelegramm aus Tokio an die japanische Botschaft in Washington:

„Die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten haben nun die Grenze erreicht ... Die Verhältnisse sowohl innerhalb wie außerhalb unseres Kaiserreichs sind so gespannt, daß eine weitere Verzögerung nicht möglich ist. In unserem aufrichtigen Bemühen, zwischen dem Kaiserreich Japan und den Vereinigten Staaten friedliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, haben wir uns aber entschieden, noch einmal auf die Fortsetzung der Gespräche zu setzen; dies ist unser letzter Versuch ... Wenn wir nicht bald eine Vereinbarung erzielen sollten, dann werden die Gespräche, so leid es mir tut das sagen zu müssen, mit Sicherheit abgebrochen werden. Dann werden sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen in der Tat am Rande des Abgrunds befinden.“

Zur gleichen Zeit warnte Generalissimus Chiang Kai-schek Hull eindringlich vor einem japanisch-amerikanischen Übereinkommen, da dies die Moral der chinesischen Armee und des chinesischen Volkes bis auf die Grundfesten erschüttern und weiteren Widerstand unmöglich machen würde.

Am 5. November teilte das japanische Außenministerium seinem Botschafter in Washington, Admiral Nomura mit, daß der 25. November der äußerste Termin für eine Verhandlungslösung sei. Auch dieses Funktelegramm wurde von den Amerikanern aufgefangen und entschlüsselt; es bedeutete nichts anderes, als daß es nach diesem Datum unvermeidlich zum Krieg kommen würde.

Mitte November 1941 schickte das japanische Außenministerium Sonderbotschafter Kurusu zur Unterstützung von Admiral Nomura nach Washington. Kurusu war mit einer Amerikanerin verheiratet und galt als ausgesprochen amerikafreundlich.

Am 20. und 21. November legten Nomura und Kurusu dem State Department ein letztes Verhandlungsangebot vor. Die Japaner schlugen einen auf sechs Monate befristeten *modus vivendi* vor, der die nötige Zeit gewähren sollte, um eine umfassende Verhandlungslösung zu finden. Außerdem zeigte Japan sich bereit, sich vom Dreimächtepakt zu distanzieren. Kurusu erklärte Außenminister Hull, Tokio verbürge sich, seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag „frei und unabhängig“ zu interpretieren.

Am folgenden Tag erhielten Nomura und Kurusu aus Tokio eine Anweisung, in der es hieß, daß der Endtermin um vier Tage verschoben sei; ein Abschluß müsse nun spätestens bis zum 29. November erzielt werden:

„Scheuen Sie keine Mühe und versuchen Sie, das gewünschte Ergebnis zu erzielen ... Diesmal ist es uns Ernst damit, daß der Endtermin absolut nicht mehr verschoben werden kann. Danach werden die Dinge automatisch ihren Gang nehmen.“

Auch dieses Telegramm wurde von der amerikanischen Funkaufklärung abgefangen und dechiffriert. Sein Inhalt deutete unmißverständlich darauf hin, daß es nach dem 29. November zum Krieg kommen würde. Tatsächlich ging am 25. November ein Verband japanischer Flugzeugträger mit Ziel Pearl Harbor in See.

Am Nachmittag des 25. trafen Hull, Knox, Stimson, General Marshall und

Admiral Stark (Außenminister, Marineminister, Kriegsminister, Generalstabschef des Heeres, Chef des Admiralstabes) mit Präsident Roosevelt im Weißen Haus zu einer Unterredung zusammen. Aufgrund der von „Magic“ dechiffrierten japanischen Funktelegramme wußten die Anwesenden, daß der 29. November der letzte Termin für einen erfolgreichen Abschluß der diplomatischen Verhandlungen war. Stimson notierte in sein Tagebuch, der Präsident habe über den Fall gesprochen, *„daß wir wahrscheinlich angegriffen werden würden, vielleicht schon am nächsten Montag, denn die Japaner seien dafür berüchtigt, einen Angriff ohne Warnung zu machen ... Die Frage war, wie wir sie in die Position manövrieren konnten, den ersten Schuß abzufeuern, ohne uns dabei allzu großer Gefahr auszusetzen.“*

Cordell Hull war es müde, die Verhandlungen mit den Japanern fortzusetzen; der Druck der Chinesen und der Briten gab den Ausschlag. Hull beschloß, den *modus vivendi* zu verwerfen, und er überreichte Nomura und Kurusu noch am gleichen Tag eine amerikanische Antwort auf die japanischen Vorschläge. Die entscheidenden Punkte waren die Forderungen nach dem Abzug aller japanischen Truppen aus China, nach der Anerkennung des Regimes von Chiang Kai-schek durch Japan und nach der öffentlichen Kündigung des Dreimächtepaktes. Die Japaner hatten gehofft, durch ihr Angebot vom 20. November zu einer Annäherung der Standpunkte zu gelangen; aber Hull zeigte kein Entgegenkommen, sondern verschärfte die amerikanischen Forderungen vielmehr so, daß sie für Tokio völlig unannehmbar wurden. Nomura und Kurusu versuchten Hull und Roosevelt zu einem Entgegenkommen zu bewegen, hatten aber keinen Erfolg. Allen Beteiligten war klar, daß dieses Ultimatum den Abbruch der Verhandlungen und damit Krieg bedeutete.

Am Morgen des 27. November rief Kriegsminister Stimson Hull an, um ihn zu fragen, wie die Begegnung mit den Japanern verlaufen sei. Hull hatte schon am Vortag angedeutet, daß er *„die ganze Angelegenheit“* abzubrechen gedenke und sagte nun am Telephon zu Stimson:

„Ich habe es aus meinen Händen gegeben und es liegt nun in den Händen von Ihnen und Knox – der Armee und der Marine.“

Bereits im Februar 1932 hatte Admiral Harry E. Yarnell bei einem Manöver der US Navy die Möglichkeit demonstriert, mit von Flugzeugträgern gestarteten Kampfflugzeugen einen Überraschungsangriff gegen Pearl Harbor zu führen. Der Führung der Navy war seither bekannt, daß Pearl Harbor aufgrund seiner exponierten Lage im Falle einer amerikanisch-japanischen Krise

jederzeit das Ziel eines Überraschungsangriff werden konnte.

Im Januar 1940 ließ Roosevelt die amerikanische Pazifikflotte von San Diego an der Küste Kaliforniens nach Pearl Harbor verlegen. Der Präsident hoffte mit dieser Machtdemonstration Druck auf Tokio auszuüben, aber gleichzeitig gelangte die Pazifikflotte, die zu diesem Zeitpunkt nicht kriegsbereit war, in die Reichweite der japanischen Flugzeugträger.

Am 8. Oktober 1940 sprach sich der Oberbefehlshaber der Pazifikflotte, Admiral Richardson, bei Roosevelt persönlich gegen die dauerhafte Stationierung der Pazifikflotte in Pearl Harbor aus. Bei diesem Gespräch fragte Richardson Roosevelt, wann die USA in den Krieg eintreten würden, und dieser antwortete, die Japaner *„könnten es nicht vermeiden, Fehler zu machen, und wenn der Krieg weitergehe ... würden sie früher oder später einen Fehler machen, und dann würden wir in den Krieg eintreten.“*

Admiral Richardson hatte mit seinen Protesten gegen die Stationierung der Flotte auf Hawaii nur den Erfolg, daß er am 1. Februar 1941 durch Admiral Husband E. Kimmel abgelöst wurde.

Im Januar 1941 arbeitete Admiral Isoroku Yamamoto, Oberkommandierender der Vereinigten Kaiserlichen Flotte, angesichts der Verschlechterung der japanisch-amerikanischen Beziehungen die ersten Pläne für einen Überraschungsschlag gegen Pearl Harbor aus.

Ein Angriff auf Pearl Harbor zur Ausschaltung der amerikanischen Pazifikflotte war nur Teil eines größeren strategischen Planes. Der amerikanische Wirtschaftskrieg gegen Japan, insbesondere das im Juli 1941 verhängte Ölembargo, zwang Tokio, sich durch die Besetzung Niederländisch-Indiens Zugang zu Erdöl und anderen Rohstoffen zu verschaffen. Die amerikanischen und britischen Diplomaten hatten gegenüber ihren japanischen Gesprächspartnern keinen Zweifel daran gelassen, daß dieser Schritt zum Krieg mit den Vereinigten Staaten und dem Britischen Empire führen würde. Ein Vorstoß japanischer Seestreitkräfte in den Südpazifik nach Niederländisch-Indien würde aber durch eine mögliche Offensivoperation der amerikanischen Pazifikflotte in der Flanke bedroht. In Anbetracht des Kräfteverhältnisses zwischen japanischen und amerikanischen Seestreitkräften hielt die japanische Marineführung eine ungestörte Operation im Südpazifik nur nach Ausschaltung der Pazifikflotte für möglich. Erst dann konnte sich Japan die notwendigen Rohstoffquellen in Südostasien sichern und mehrere, auf die pazifischen Inseln gestützte Verteidigungsringe um das japanische Inselreich aufbauen. Für den weiteren Verlauf des Krieges mußte Japan darauf hoffen, daß die Amerikaner nach verlustreichen Abnutzungskämpfen in dem pazifischen Verteidigungssystem sich zu einem für Tokio günstigen Kompromißfrieden bereit finden würden. Ein gelungener Überraschungsangriff gegen Pearl Harbor war somit die Voraussetzung für die japanische Gesamtstrategie.

Die Oberbefehlshaber von Flotte und Heer auf Hawaii, Admiral Husband E. Kimmel und General Walter C. Short, wurden von Washington über die politische Lage nur wenig informiert und ab Juli 1941 praktisch von allen wichtigen Informationen abgeschnitten. Kimmel und Short erfuhren nichts über „Magic“ und Pearl Harbor erhielt – anders als General Douglas MacArthur auf den Philippinen – auch keine „Purpur“-Maschine zur Entschlüsselung des japanischen diplomatischen Funkcodes.

Nach Überreichung des amerikanischen Ultimatums vom 26. November an die Japaner erwartete der Kreis um Roosevelt in Kürze den Kriegsausbruch. Admiral Kimmel bekam aus Washington aber keine Warnung, sondern erhielt am 27. November den Befehl, seine beiden Flugzeugträger, die *Enterprise* und die *Lexington*, zu den Inseln Wake und Midway zu schicken; sie hatten den Auftrag, Jagdflugzeuge für die dortigen Garnisonen zu transportieren. Damit wurde die Pazifikflotte in Pearl Harbor ihrer kampfstärksten Einheiten beraubt. Admiral Kimmel mußte aus diesem Befehl schließen, daß für Pearl Harbor keine unmittelbare Gefahr bestand. Die beiden Flugzeugträger liefen am 28. November und am 5. Dezember aus Pearl Harbor aus.

Inzwischen hatte am 25. November eine japanische Trägerkampfgruppe, bestehend aus sechs Flugzeugträgern, zwei Schlachtschiffen und einer Anzahl von Kreuzern, Zerstörern, U-Booten und Tankern unter dem Befehl von Vizeadmiral Chuichi Nagumo die Hitokappu-Bucht im äußersten

Norden Japans verlassen. Admiral Yamamoto behielt es sich ausdrücklich vor, die Trägerkampfgruppe im Falle eines Verhandlungserfolges der japanischen Diplomaten in letzter Minute zurückzurufen. Sollte ein solcher Erfolg ausbleiben, dann war als Angriffstermin der 7. Dezember 1941 vorgesehen.

Die amerikanischen Kryptologen hatten außer dem Einbruch in den „Purpur“- Code, den die Japaner im diplomatischen Funkverkehr benutzten, noch einen weiteren großen Erfolg errungen. Anfang Oktober 1940 war es einem Team von Spezialisten aus Army und Navy gelungen, Teile des „Kaigun Ango“ zu knacken, eines Systems aus 29 verschiedenen Codes, das von der japanischen Kriegsmarine verwendet wurde.

Auf der Fahrt zu ihrer Versammlung in der Hitokappu-Bucht und während des anschließenden Anmarsches auf Hawaii, also zwischen dem 12. November und dem 7. Dezember, mißachteten mehrere der japanischen Kriegsschiffe der Ersten Luftflotte (darunter das Flottenflaggschiff, der Flugzeugträger ‘Akagi’) die strikten Befehle Admiral Yamamotos zur Einhaltung von Funkstille und gaben wiederholt verschlüsselte Positionsmeldungen durch.

Die japanischen Funkprüche und Positionsmeldungen wurden von den amerikanischen Marinehorchposten und Auswertungszentren auf Corregidor, auf Hawaii, in Seattle, San Francisco und in Dutch Harbor abgefangen und dechiffriert und von den Spezialisten der Navy in Washington ausgewertet. Die führenden Offiziere der amerikanischen Funkaufklärung sowie die oberste Führung in Washington waren daher genau informiert, daß eine japanische Trägerkampfgruppe mit Ziel Pearl Harbor durch den Nordpazifik dampfte.

Am gleichen Tag, als Nagumos Trägerkampfgruppe die Hitokappubucht verließ, versammelte sich eine weitere japanische Expeditionsstreitmacht vor der südchinesischen Küste. In den folgenden Tagen dampfte sie an der Küste Indochinas in südlicher Richtung entlang, ihr Ziel war BritischMalaya.

Währenddessen wurde der Inhalt der in Washington entschlüsselten japanischen Funktelegramme immer bedrohlicher.

Am 28. November sandte Außenminister Togo an seine Botschafter in Washington ein Funktelegramm von größter Wichtigkeit. Nomura und Kurusu wurde erklärt:

„Sie beide, meine Herren Botschafter, haben sich in übermenschlichen Bemühungen eingesetzt, aber die Vereinigten Staaten sind trotzdem noch weiter gegangen und haben uns diese erniedrigenden Bedingungen gestellt. Das war unerwartet und ist höchst bedauerlich. Die kaiserliche Regierung kann sie in keiner Weise als Grundlage für weitere Verhandlungen ansehen. Deshalb werden ... die Verhandlungen de facto abgebrochen werden. Das ist unvermeidlich.“

Die japanische Regierung hatte zu diesem Zeitpunkt das Ultimatum Hulls also bereits verworfen, der Endtermin, nach dem die Dinge „*automatisch ihren Gang nehmen*“ würden, war verstrichen. Nomura und Kurusu sollten jetzt nur noch zum Schein weiterverhandeln.

Am 30. November unterrichtete Tokio den japanischen Botschafter in Berlin, daß die Verhandlungen mit Washington „*jetzt abgebrochen – zerbrochen sind.*“ Der Botschafter sollte Hitler und Ribbentrop wie folgt informieren: „*Sagen Sie ihnen streng vertraulich, daß äußerste Gefahr für einen plötzlichen Kriegsausbruch zwischen den angelsächsischen Nationen und Japan besteht, infolge eines bewaffneten Zwischenfalls, und fügen Sie hinzu, daß der Ausbruch des Krieges schneller erfolgen kann, als irgend jemand es sich träumen läßt.*“

Der Inhalt dieser Depesche war unmißverständlich.

Am 2. Dezember erteilte Tokio der japanische Botschaft in Washington die Order, eine ihrer beiden Chiffriermaschinen und die Codes zu vernichten. Diese Maßnahme, die sicherstellen sollte, daß Codematerial und Chiffriermaschinen nicht in die Hand des Gegners fielen, war für gewöhnlich der vorletzte Schritt vor Eröffnung eines Krieges. Die Zurückbehaltung der einen verbleibenden Chiffriermaschine in der Botschaft in Washington diente dazu, die japanische Antwort auf das

amerikanische Ultimatum vom 26. November zu empfangen, die wahrscheinlich die Kriegserklärung sein würde.

Am 6. Dezember um 10.40 Uhr erhielt Roosevelt vom amerikanischen Botschafter in London, John Winant, ein Telegramm von äußerster Dringlichkeit:

„Britische Admiralität berichtet, daß an diesem Morgen um 3.00 Uhr Londoner Zeit vor Cambodia Point zwei Verbände gesichtet wurden, die in 14 Stunden Abstand langsam in Richtung Kra fuhren.“

Das bedeutete, daß die japanische Expeditionsstreitmacht, die die Küste Indochinas hinunter dampfte, den Golf von Siam erreicht hatte und sich der Halbinsel Kra näherte. Gemäß den „ABCD“-Vereinbarungen trat der Bündnisfall in Kraft, wenn japanische Seestreitkräfte britisches oder niederländisches Kolonialgebiet unmittelbar bedrohten. Mit dem Erscheinen eines japanischen Truppenkonvois im Golf von Siam war dieser Fall nun eingetreten, und damit befanden sich die Niederlande, Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Krieg mit Japan, ohne daß bislang ein Schuß gefallen war. Der tatsächliche japanische Angriff auf Thailand, die Halbinsel Kra und Malaya, die Vorstufe zur Besetzung Niederländisch-Indiens, sollte 14 Stunden später erfolgen.

Für Präsident Roosevelt entstand damit eine prekäre Situation, denn die USA befanden sich damit seit dem 6. Dezember, 10.40 Uhr, ohne Wissen des Kongreß und der Öffentlichkeit aufgrund von Geheimverträgen im Kriegszustand. Briten und Holländer sahen die Vereinigten Staaten nunmehr als verpflichtet an, ihnen zu Hilfe zu kommen. In Washington drohte aber ein ungeheurer politischer Skandal, der nur vermieden werden konnte, wenn die Japaner möglichst bald als erste amerikanisches Territorium oder amerikanische Streitkräfte angreifen würden. Um zu erreichen, daß die Japaner den ersten Schuß abfeuerten, durfte Pearl Harbor nicht gewarnt werden; denn das hätte einen Großalarm, die Herstellung der vollen Gefechtsbereitschaft und das Auslaufen der Pazifikflotte bedeutet. Die zahlreichen japanischen Spione auf Hawaii hätten dies sofort nach Tokio gemeldet. Nach dem Verlust des Überraschungsmoments wäre Nagumos Trägerkampfgruppe wahrscheinlich umgekehrt, und Roosevelt wäre vor einem riesigen politischen Skandal gestanden, der wahrscheinlich mit seiner Absetzung als Präsident geendet hätte. So erhielten die Oberbefehlshaber auf Hawaii, Admiral Kimmel und General Short, keine ernsthafte Warnung und mußten nach dem Angriff als Sündenböcke für die militärische Katastrophe herhalten.

Am 6. Dezember unterrichtete Tokio seine Washingtoner Botschaft, daß es eine ausführliche Antwort auf das Ultimatum von Außenminister Hull verfaßt habe, die in 14 Teilen gesendet werden würde.

Die ersten 13 Teile dieser Schlußbotschaft wurden ab Mittag von der Fernmeldeaufklärung der US Navy empfangen und waren bis 21.00 Uhr fertig dechiffriert und übersetzt.

Um 21.30 Uhr wurde die abgefangene japanische Note vom stellvertretenden Marineadjutanten im Weißen Haus, Lieutenant Schulz, Roosevelt überbracht. Der Präsident las das Telegramm durch, während sein engster Berater, Harry Hopkins, neben ihm auf und ab schritt. Roosevelt gab das Papier Hopkins und sagte: *„Das bedeutet Krieg!“* Darauf äußerte Hopkins: *„Da der Krieg mit einem Vorteil für die Japaner beginnt, ist es zu schade, daß wir nicht den ersten Schlag führen und einen japanischen Überraschungsangriff verhindern können.“* Der Präsident nickte und erwiderte: *„Nein, das können wir nicht tun. Wir sind eine Demokratie. Wir sind ein friedliebendes Volk. Wir haben einen guten Ruf.“*

Zu diesem Zeitpunkt war noch offen, was der 14. Teil der japanischen Note enthielt und wann Nomura und Kurusu die vollständige Kriegserklärung überreichen sollten. Nach der Erfahrung von Port Arthur 1904 pflegten die Japaner zeitgleich mit der Übergabe der Kriegserklärung einen Überraschungsangriff zu führen. Der Ausbruch des Krieges war jetzt nur noch eine Frage von Stunden, aber in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember herrschte in Washington eine seltsame Untätigkeit.

Am Morgen des 7. Dezember empfing die Fernmeldeaufklärung der amerikanischen Marine den 14. Teil der japanischen Note. Nomura und Kurusu erhielten die Anweisung, die Kriegserklärung um 13.00 Uhr Washingtoner Zeit dem amerikanischen Außenminister zu übergeben. 13.00 Uhr in Washington war aufgrund der Zeitverschiebung 7.30 Uhr auf Hawaii, kurz nach Sonnenaufgang, nach militärischen Richtlinien die ideale Zeit für einen Überraschungsangriff. Die leitenden Nachrichtenoffiziere in Washington hatten jetzt kaum noch Zweifel daran, daß Pearl Harbor das Angriffsziel der Japaner sein würde und drängten den Chef des Admiralstabes, Stark, sofort eine Warnung nach Hawaii zu schicken. Aber Admiral Stark erklärte, er brauche die Zustimmung des Generalstabschefs des Heeres, General Marshall, bevor er eine Entscheidung treffen könne. Stark konnte Marshall aber nicht erreichen, denn der General machte ausgerechnet an diesem Vormittag einen zweieinhalbstündigen Ausritt. Erst um 11.25 Uhr kehrte Marshall in sein Büro zurück, las die dechiffrierte japanische Erklärung, und setzte eine allgemein gehaltenen Warnung an General Short auf. Diese Depesche schickte er, obwohl ihm außer dem Sender und einer Telefonleitung des Kriegsministeriums auch die besonders starken Sender der Marine und des FBI zur Verfügung standen, über eine kommerzielle RCA-Funkverbindung, wobei er jeden Dringlichkeitsvermerk wegließ! Das Ergebnis war, daß die Warnung Marshalls erst sieben Stunden nach Beginn des Angriffs, als die japanischen Flugzeuge sich längst zurückgezogen hatten, bei General Short eintraf. Man kann davon ausgehen, daß Marshall und Stark die Warnung an Pearl Harbor vorsätzlich verzögerten.

In der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember 1941 hatte sich die Trägerkampfgruppe Admiral Nagumos Pearl Harbor bis auf 230 Seemeilen genähert. Ab 6.00 Uhr startete die erste Welle der Trägerflugzeuge. Die Garnison und die Flotteneinheiten waren völlig ahnungslos, als ab 7.55 Uhr die Japaner mit 350 Trägerflugzeugen in zwei Wellen angriffen. Die Überraschung gelang vollkommen. Fünf Schlachtschiffe, drei Zerstörer und drei Hilfsschiffe wurden versenkt, drei Schlachtschiffe, drei leichte Kreuzer, ein Zerstörer und ein Hilfsschiff mehr oder weniger schwer beschädigt. Außerdem wurde der größte Teil der amerikanischen Flugzeuge am Boden zerstört. Zwar konnten die meisten der versenkten oder beschädigten Schiffe wieder gehoben und repariert werden, aber dies sollte zum Teil Jahre dauern. Die Personalverluste der Amerikaner betragen 2326 Tote und 1109 Verwundete. Die Japaner verloren nur 27 Flugzeuge und fünf Klein-U-Boote. Dabei hatten die Amerikaner Glück im Unglück, denn Admiral Nagumo versäumte es, mit einer dritten Angriffswelle die riesigen Öltanklager auf Hawaii zu zerstören, was es den Amerikanern unmöglich gemacht hätte, Pearl Harbor weiter als Flottenstützpunkt zu benutzen. Mindestens ebenso wichtig war, daß kein amerikanischer Flugzeugträger ausgeschaltet wurde, denn dieser Typ Großkampfschiff sollte sich als die wichtigste Waffe des ganzen Pazifikkrieges erweisen. Nachdem der erste Schock überwunden war, stellte die amerikanische Marineführung fest, daß sie den Japanern allein mit ihren Flugzeugträgern und schweren Kreuzern wirksamen Widerstand leisten konnte. Die Schlachtschiffe sollten im Pazifik nur noch eine zweitrangige Rolle spielen.

Die amerikanische Öffentlichkeit war von der Regierung über den wahren Stand der Beziehungen zu Japan im Dunkeln belassen worden und zeigte sich über die hohen Verluste in Pearl Harbor schockiert. Hinzu kam, daß Nomura und Kurusu aufgrund einer unglücklichen Verzögerung die japanische Kriegserklärung erst mit einer Stunde und 20 Minuten Verspätung übergeben hatten, also nach Beginn des Angriffs statt wie vorgesehen unmittelbar davor. Dieses Mißgeschick mußte in der Öffentlichkeit den Eindruck der Heimtücke hervorrufen und war verantwortlich für die Legende, Japan habe die Vereinigten Staaten ohne Kriegserklärung angegriffen. Die interventionistische amerikanische Presse verfügte somit über alle notwendigen Zutaten, um den japanischen Angriff als heimtückischen Überfall hinzustellen und nach allen Regeln der Kunst propagandistisch auszuschlachten. Die innenpolitischen Gegner Roosevelts, die „Isolationisten“, waren durch Pearl Harbor mit einem Schlag mundtot gemacht

Hitler hatte dem japanischen Außenminister Matsuoka bei dessen Besuchen im Frühjahr 1941 in Berlin versichert, Japan brauche einen Krieg mit Großbritannien und den USA nicht zu fürchten, da in diesem Falle Deutschland und Italien zum Dreimächtepakt stehen und ebenfalls in den Krieg gegen die Vereinigten Staaten eintreten würden.

Die deutsche Führung wurde von Pearl Harbor – trotz des Hinweises aus Tokio „*daß der Ausbruch des Krieges schneller erfolgen kann, als irgend jemand es sich träumen läßt*“ – völlig überrascht. Am Morgen des 8. Dezember erteilte Hitler der deutschen Kriegsmarine den Befehl, im Atlantik keine Zurückhaltung mehr zu üben, sondern das Feuer auf amerikanische Schiffe zu eröffnen. Die Erklärung des Kriegszustandes zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten war jetzt nur noch eine Formsache und Präsident Roosevelt war durch die amerikanische Funkaufklärung informiert, daß Hitler versprochen hatte, an der Seite Japans in den Krieg gegen die USA einzutreten. Roosevelt beschloß, die Kriegserklärung den Deutschen zu überlassen und Hitler äußerte intern zu dieser Frage: „*Eine Großmacht wie Deutschland erklärt selbst den Krieg und wartet nicht, bis er erklärt wird.*“

Der japanische Verbündete war für das Großdeutsche Reich von größter strategischer Wichtigkeit. Während die deutsche Kriegsmarine – mit Ausnahme der U-Bootwaffe – kräftemäßig unbedeutend war, war die japanische Kriegsmarine nach der US Navy und der Royal Navy die drittstärkste der Welt. Das bedeutete, daß die Japaner die Amerikaner im Pazifik zunächst einmal für eine ganze Weile beschäftigen würden. Die US Army war bei Kriegsbeginn im Prinzip nur eine kleine Berufsarmee, die erst zu einer großen Wehrpflichtarmee ausgebaut werden mußte, was einige Zeit kostete. Das amerikanische Heer würde nicht vor Ende 1942 zu einer größeren Offensivoperation in der Lage sein, womit Deutschland noch ein Jahr Zeit blieb, um die Sowjetunion niederzuwerfen und den Zweifrontenkrieg zu beenden. Am 11. Dezember erklärten die Regierungen Deutschlands und Italiens den USA den Krieg. Durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika wurden die Kriege in Europa und im Fernen Osten erst wirklich zu einem weltumspannenden Konflikt, zum Zweiten Weltkrieg.

Die Ausführungen beruhen auf Untersuchungen, die folgende Bücher dokumentieren:

Walter Post, *Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41*, Mittler-Verlag, Hamburg, Berlin, Bonn 1995 (vergriffen)

Walter Post (Herausgeber und Übersetzer), *George Morgenstern: Pearl Harbour 1941. Eine amerikanische Katastrophe*, Herbig-Verlag, München 1998 (vergriffen)

Walter Post, *Die verleumdete Armee. Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda*, Pour le Mérite Verlag, Selent 1999 (vergriffen)

Walter Post, *Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Ein Grundriß der Diplomatie von Versailles bis Pearl Harbour*, Grabert-Verlag, Tübingen 2003, 673 S., gebunden

Fragezeit

Frage

Roosevelt hat ja schon sehr früh seine Kriegstreiberei gegen Deutschland angefangen. Nun hatten wir aber vorhin in Herrn Scheils Vortrag gehört, daß er noch – 1940 war es wohl – Friedensgebotsaufforderungen, Friedensangebotsaufforderungen an England und Frankreich gerichtet hat. Wie verträgt sich das miteinander?

Walter Post

Sie dürfen nicht vergessen, daß Roosevelt gezwungen war, mehr oder weniger ein Doppelspiel zu treiben. Er ist ja von der amerikanischen Bevölkerung gewählt worden bis einschließlich der dritten Wiederwahl im November 1940, weil er der amerikanischen Bevölkerung hoch und heilig versprochen hatte, er werde Amerika in keine ausländischen Kriege führen. Daß er heimlich, Kriegspolitik betrieb, eine ganz kräftige Kriegspolitik, sodaß er am Ausbruch des Krieges in Europa im September 1939 nicht ganz unschuldig war, daß er eine Politik konsequenter Neutralitätsverletzungen betrieben hat, daß er die ideologische Kriegführung gegen die autoritären oder faschistischen Staaten in den USA, die auf der Ebene der Tageszeitungen und auf der Ebene Hollywood liefen, tatkräftig unterstützt hat – das ist die andere Seite.

Aber er war immer gezwungen, der amerikanischen Bevölkerung einzureden, er sei ein Friedenspräsident. Und daher hat er natürlich auch solche schönen Friedensangebote oder solche Aufforderungen zu Verhandlungen gemacht, hat aber dann letztendlich nie dafür gesorgt, daß diese Aufforderungen wirklich in die Tat umgesetzt worden sind. Es hat wiederholt Besuche in Europa gegeben, auch z.B. den Besuch des Unterstaatssekretärs im Außenministerium Sumner Welles im Sommer 1940, und er hat die Verhandlungen soweit getrieben, daß zumindest die deutsche Reichsregierung erklärt hat, einer Friedensinitiative des amerikanischen Präsidenten werde sie sehr wohlwollend entgegentreten. Aber in diesem entscheidenden Augenblick ist von Roosevelt nichts mehr gekommen, weil letztendlich ein Frieden mit Herrn Hitler nicht in sein außenpolitisches Programm paßte.

Frage

Viktor Suworow beschreibt in seinem Buch „Der Eisbrecher“, daß für den Aufmarsch der Roten Armee zum Angriff am 6. Juli 1941 die Entscheidung Japans bestimmend war, den Russen die Garantie zu geben, an der japanischen/sowjetischen Front Ruhe zu halten, weil dies das Verlegen der zweiten strategischen Staffel der Roten Armee nach Westen erlaubte – können Sie sagen, was die Japaner zu ihrer Entscheidung bewogen hat?

Walter Post

Die Japaner haben ja bereits im April 1941 einen Neutralitäts-, einen Nichtangriffspakt mit Moskau unterzeichnet. Und die Überlegung, die dahinter stand, war einfach die: Die japanische Militärführung – wobei man berücksichtigen muß, daß die Führung von Marine und Heer in Japan sich keineswegs grün waren und sich zum Teil sehr heftig gestritten haben –, aber die japanische militärische Führung war sich insgesamt einig: Wir können nicht gleichzeitig einen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen die USA und das Britische Empire führen: entweder – oder. Und Hitler, die deutsche Reichsregierung, hat eigentlich großen Wert darauf gelegt, daß wenn die Japaner in den Krieg eintreten, sie zuerst einmal gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien Krieg führen sollten. Aus einem ganz einfachen Grund: Deutschland hatte keine Kriegsflotte. Oder jedenfalls war das, was an Flotte da war, einfach unbedeutend. Dagegen hatten die Japaner eine sehr große Kriegsflotte. Sie konnten damit Amerikaner und Briten eine ganze Zeit beschäftigen und ihnen schwere Niederlagen zufügen. Das war für Hitler wichtiger, aufgrund des Drucks, der aus Washington ja kam – der Kriegseintritt der USA zeichnete sich bereits ab –, das war für ihn wichtiger, als wenn die Kwantung-Armee in der Mandschurei gegen die Sowjetunion vorgegangen wäre. Deshalb haben Hitler und Ribbentrop, diesem Abschluß eines japanisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes nicht widersprochen. Das war der eigentliche Hintergrund.